Stand: 17.07.2025 05:51:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7447

"Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Europas Volkswirtschaft stabilisieren"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7447 vom 24.04.2020
2. Beschluss des Plenums 18/7572 vom 24.04.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 24.04.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.04.2020 **Drucksache** 18/**7447**

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Harald Güller, Florian Ritter, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

**Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Europas Volkswirtschaft stabilisieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Auswirkungen des Coronavirus betreffen Deutschland, Europa und die Welt. Wir müssen auf dem europäischen Kontinent die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in enger Zusammenarbeit und Solidarität abfedern, damit die EU-Wirtschaft wieder in Gang kommen kann, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Hierzu ist es wichtig, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz nach Möglichkeit nicht verlieren und Unternehmen ihren Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können. Einer möglichen Finanzkrise wie zuletzt 2009/2010, bei der in letzter Konsequenz die Integrität der gemeinsamen europäischen Währung in Frage gestellt wird, ist mit allen geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Der Landtag begrüßt hierzu

– das von der Bundesregierung beschlossene Schutzschild für Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen in einem Umfang haushaltswirksamer Maßnahmen von insgesamt 353,3 Mrd. Euro und Garantien von insgesamt 819,7 Mrd. Euro,
– die milliardenschweren EU-Hilfsmaßnahmen u. a. finanziert aus dem EU-Solidaritätsfonds und dem EU-Strukturfonds,
– das SURE-Kurzarbeitprogramm der Europäischen Kommission zur Mobilisierung von 100 Mrd. Euro, damit Menschen in der EU in Beschäftigung bleiben und die Unternehmen die Krise überstehen,
– die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB), die bis Ende 2020 u. a. mit dem Programm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) weitere 750 Mrd. Euro zur Erleichterung der Staatsschulden bereitstellt,
– die weiteren EU-Maßnahmen zur Wiederherstellung volkswirtschaftlicher Stabilität, u. a. die Mittelerhöhung für die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie denkbare temporäre gemeinsame EU-Anleihen zur Überwindung der Krisenfolgen,
– die Mitteilung „Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts“ (KOM (2020) 123 final) der Europäischen Kommission, mit der diese vorübergehend die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) aussetzt. Dadurch können die EU-Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer sozioökonomischen Folgen höhere Schulden aufnehmen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung, sich in geeigneter Weise dafür einsetzen, dass die Institutionen der Europäischen Union (EU) ohne Verzögerung einen langfristigen Haushalt (2021 – 2027) vorlegen, der auch ein substanzielles Konjunkturpaket umfasst, das den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie entgegenwirkt.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

**Begründung:**

Die Coronavirus-Pandemie ist ein kollektiver Gesundheitsnotstand, der in der Geschichte beispiellos ist und den gesamten Globus betrifft. Zur Abmilderung der volkswirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind alle erforderlichen Politikinstrumente einzusetzen, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten, die globale Wirtschaftstätigkeit wiederherzustellen, die Stabilität der Märkte aufrechtzuerhalten und die Resilienz zu stärken. Für die Europäische Union (EU) stellt dies einen Lackmustest von Solidarität und übergreifender Kooperation dar.

Unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Schocks, der durch die Eindämmungsmaßnahmen der Pandemie ausgelöst wurden, ist von einer tiefgreifenden weltweiten Rezession auszugehen.

Es muss zunächst Priorität haben, der europäischen Wirtschaft verstärkt Liquidität zuzuführen, um dem Gesundheitssektor und den in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen (insbesondere kleinen und mittelständischen Firmen) Unterstützungsmittel zur Verfügung zu stellen. Zudem muss die Frage der künftigen Schuldentragfähigkeit einzelner Länder bewertet werden. Eine Krise der öffentlichen Finanzen einzelner EU-Mitgliedsländer könnte auch auf das europäische Bankensystem überschlagen. Eine solche Krise zu verhindern, ist eine gemeinschaftliche europäische Aufgabe.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.04.2020 **Drucksache** 18/**7572**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Harald Güller, Florian Ritter, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**7447**

**Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Europas Volkswirtschaft stabilisieren**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Dr. Franz Rieger
Abg. Florian Siekmann
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Martin Böhm
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)**
**Corona-Krise gemeinsam bewältigen - Echte Solidarität für ein starkes, stabiles Europa statt Vergemeinschaftung von Schulden (Drs. 18/7415)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
**Echte Europäische Solidarität darf nicht beim Haushalt enden (Drs. 18/7446)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD)**
**Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Europas Volkswirtschaft stabilisieren (Drs. 18/7447)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Franz Rieger, CSU-Fraktion. – Bitte schön.

**Dr. Franz Rieger** (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben derzeit eine Krise des geeinten Europas. Schrille Töne sind zu vernehmen. Gerade das, was aus Italien zu hören war – ich sage nur: "Hitlers Enkel" –, ist unfassbar. Deshalb bin ich froh, dass der gestrige EU-Videogipfel die Wogen etwas glätten konnte. Ich bin auch froh, dass Eurobonds gestern Abend nicht beschlossen wurden. Aber täuschen wir uns nicht: Die Diskussion ist nicht vorbei.

Die Ausgestaltung des gestern besprochenen Wiederaufbaufonds, der nach Medienberichten immerhin einen Umfang von 300 Milliarden bis 2 Billionen Euro haben soll, ist noch völlig offen. Offen ist zum Beispiel, ob dieser Fonds Kredite oder Transferzahlungen mit oder auch ohne Erfüllung von Reformbedingungen ausgeben darf. Vor

allem sind die Finanzierung und die Beziehung zum mehrjährigen Finanzrahmen völlig offen. Wir müssen also weiterhin sehr, sehr aufmerksam sein.

Auch wir, die CSU, sind dafür, dass Europa zusammensteht, um die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise anzugehen. Mit dem vor Ostern geschnürten und gestern gebilligten Hilfspaket hat Europa – auch Deutschland – ein starkes Zeichen der Solidarität in der Not gesendet. Das ist uns als CSU sehr wichtig.

Wenn wir aber über den mittel- und längerfristigen Wiederaufbau Europas reden, müssen wir auch längerfristig denken. Die Finanzierung von Wiederaufbaumaßnahmen über eine gemeinsame Verschuldung durch Eurobonds oder in ähnlicher Form wäre genauso falsch wie Transferzahlungen à la Macron ohne klare Bindung an Reformen und einen gesamteuropäischen Zweck. Solche Maßnahmen wären die Einladung zu unkontrolliertem Geldausgeben. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass mit Transferzahlungen oder gemeinsamer Verschuldung in Europa wirklich etwas besser werde. Damit finanzierte man doch nur ein Weiterwursteln, ohne tiefgreifende, aber notwendige strukturelle Veränderungen herbeizuführen.

Außerdem gebe ich zu bedenken: Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land kann und soll viel zu Europa beitragen. Wir müssen aber bei der Wahl der Mittel achtsam sein. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel, schon gar nicht eine Verschuldung in jeder Höhe. Eine gemeinsame Verschuldung, ob durch Eurobonds, Rücksicherung durch den EU-Haushalt oder Transferzahlungen auch für Länder, die Reformen nicht durchführen, wird im Endeffekt zu höherer Mithaftung und erheblichen Beiträgen Deutschlands führen.

Wir müssen aufpassen, dass wir die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht verlieren. Der Erfolg der EU hängt ganz wesentlich davon ab, dass die Menschen das alles mittragen und sich nicht abwenden – siehe Brexit!

Auch die Menschen in Bayern sind für Europa. Aber sie fragen sich zu Recht, ob wir uns erheblich höhere Beiträge noch werden leisten können. Wir müssen bei realisti-

scher Betrachtung damit rechnen, dass wir nicht automatisch, wie nach der Finanzkrise 2008, schnell und dauerhaft wieder zehn Jahre lang Wachstum haben werden. Es ist doch so: Auch Deutschland wird aus dieser Krise wirtschaftlich unsicherer herausgehen. Wir in Deutschland müssen uns ebenfalls verschulden, um unsere Wirtschaft, unsere Beschäftigten und die gesamte Gesellschaft aus der Krise zu führen. Dafür mobilisieren wir schon eine Billion – eine Billion! – Euro, meine Damen und Herren.

Zudem haben wir in den kommenden Monaten und Jahren noch viele Aufgaben vor uns, deren Lösung eben nicht zum Nulltarif zu haben sein wird. Das Aufgabenspektrum reicht von der Energiewende über die Rente bis hin zur Digitalisierung. Die Bürgerinnen und Bürger bei uns leisten bereits hohe Abgaben, mehr als in den meisten anderen europäischen Ländern. Erheblich höhere EU-Beiträge, Eurobonds oder Ähnliches hätten enorme politische Sprengkraft, auch bei uns in Deutschland.Wir dürfen daher die berechtigten Sorgen nicht als antieuropäisch abtun, sondern müssen sie ernst nehmen. Wir wollen doch alle nicht, dass Europa und die Europäische Union zum Profilierungsinstrument von Rechten und Populisten auch bei uns in Deutschland werden. Daher müssen wir in Europa den mehrjährigen Finanzrahmen nutzen, um nachhaltige und nachhaltig finanzierte Politik in Europa zu unterstützen. Dort müssen wir Ideen entwickeln und diese mit vernünftigen Beiträgen der Mitgliedstaaten umsetzen. Das ist transparent, das ist ehrlich, und das ist verantwortungsvoll. Alles andere ist und wäre ein Spiel mit dem Feuer. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Die Anträge der SPD und der GRÜNEN lehnen wir ab. Der Antrag der GRÜNEN ist inhaltlich unserem diametral entgegengesetzt und birgt genau die Gefahren in sich, die ich eben aufgezeigt habe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächster Redner ist der Kollege Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Florian Siekmann** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Echte Solidarität für ein starkes, stabiles Europa" – toller Titel! Ich dachte, ich finde dann im Antrag auch gute Ideen, wie man sich solidarisch zeigen will – aber Fehlanzeige. Sie loben kurz die bisherigen europäischen Einigungen und erklären dann, dass der mehrjährige Finanzrahmen der EU 2021 bis 2027 zwar einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten kann, aber eben nur, wenn der Anteil Deutschlands nicht unangemessen – was auch immer das heißen soll – steigt. Instrumente zur gemeinsamen Schuldenaufnahme wie Corona-Bonds lehnen Sie ganz ab.

Sie erklären in Ihrem Dringlichkeitsantrag, der groß mit "Solidarität" überschrieben ist, vor allem, was alles nicht geht. Stellen Sie sich vor: Jemand, der dringend Hilfe braucht, kommt zu Ihnen und bittet um Unterstützung. Anstatt sich zu überlegen, wie Sie dieser Person helfen können, zählen Sie auf, was alles nicht geht. Aber was rede ich da? – Das müssen Sie sich nicht vorstellen. Das ist genau das, was Sie in dieser Situation gerade mit dem Dringlichkeitsantrag tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was jetzt tatsächlich getan werden muss, um die Krise gemeinsam zu bewältigen, haben wir in unserem Antrag zusammengefasst. Die Europäische Union und der gesamte Binnenmarkt wurden durch die Ausbreitung des Coronavirus von einem symmetrischen Schock getroffen. Die besonders betroffenen Mitgliedstaaten sind unverschuldet und mitunter durch Fehlentscheidungen in anderen Mitgliedstaaten – siehe den Fall Ischgl – in diese Situation geraten. Letztlich hat erst die besondere Härte, mit der Italien getroffen wurde, dazu geführt, dass die Risikoeinschätzung bei uns in Deutschland korrigiert wurde und so viele Menschen vor einer Infektion geschützt wurden. Auch deshalb verdient gerade Italien unsere finanzielle Solidarität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es liegt auch im eigenen Interesse Bayerns und Deutschlands, dass in der gesamten EU eine schlagkräftige Antwort auf die Krise möglich ist. Durch den Binnenmarkt sind

wir eng miteinander verflochten. Unsere moderne Just-in-time-Produktion, die Sie immer so gerne loben, ist auf wichtige Zulieferung auch aus Italien und Spanien angewiesen.

Es lässt sich auch leicht an den Daten zeigen: Italien ist gemessen am Handelsvolumen von 24,6 Milliarden Euro viertwichtigster Handelspartner, in der EU sogar Nummer zwei. Über 3.000 bayerische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit Italien. Bei den ausländischen Investitionen in Bayern liegt Italien sogar auf Rang eins. Nach einer Studie der Industrie- und Handelskammer hat der Binnenmarkt seit seiner Einführung das Pro-Kopf-Einkommen in Bayern nachhaltig um vier Prozent erhöht. Das sind 25 Milliarden Euro jährlich. Gefährden wir jetzt die Erholung betroffener Mitgliedstaaten durch unterlassene Hilfeleistung, gefährden wir letztlich unseren eigenen Wohlstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für eine wirksame Antwort auf die Krise braucht es deutlich mehr als die bisherigen Einigungen auf europäischer Ebene, die von CSU und SPD so gelobt werden. Denn sowohl bei den Mitteln aus dem ESM als auch bei dem Programm SURE handelt es sich um Kredite, die letztlich die Schuldenlast der ohnehin angeschlagenen Staaten erhöhen und deren Schuldentragfähigkeit schmälern.

Wir schlagen die Einrichtung eines schlagkräftigen Wiederaufbaufonds vor, der mit mindestens einer Billion Euro bestückt werden soll. Das entspräche etwa, um das einzuordnen, fünf Prozent des BIPs der Europäischen Union. Aus diesem Fonds sollen vorwiegend Zuschüsse und EU-Programme finanziert werden, um zielgerichtet besonders betroffenen Regionen helfen zu können, ohne deren Schuldenlast gefährlich in die Höhe zu treiben. Sonst droht nach der Corona-Krise eine neue Schulden-, Finanz- und Eurokrise. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Finanzierung des Fonds muss natürlich gemeinschaftlich erfolgen. Ob das gemeinsame Anleihen der Mitgliedstaaten sind oder ob das über den EU-Haushalt und eine darüber garantierte Anleihe funktionieren soll, ist Verhandlungssache. Das ist den Staats- und Regierungschefs der EU und den Fachministerinnen und Fachministern überlassen. Dieser Notwendigkeit einer gemeinschaftlich finanzierten Antwort auf die Krise haben sich unzählige führende Ökonominnen und Ökonomen in Deutschland angeschlossen, die beileibe nicht alle im Verdacht stehen, den GRÜNEN auch nur im Geringsten gewogen zu sein. Ich will Ihnen einfach ein paar Namen nennen: Fratzscher, Felbermayr, Bofinger, Weder di Mauro, Dullien und auch Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft, das normalerweise der Arbeitgeberseite deutlich nahesteht.

Im Übrigen ist gemeinsame Krisenfinanzierung kein Neuland in Europa, sondern geübte Praxis. Ein Blick in die Geschichte lehrt, dass bereits 1976 die ersten Gemeinschaftsanleihen ausgegeben wurden, um nach der Ölkrise besonders betroffene Staaten zu stabilisieren. Das letzte Mal vor dem ESM ist das in den Jahren 2008 und 2009 passiert, zum Beispiel für Ungarn. Die Vergangenheit hat gezeigt: All diese Gemeinschaftsanleihen, auch Community Bonds genannt, wurden immer zurückgezahlt.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Antwort auf die Krise drängt sich auch auf, wenn man vergleicht, wie viel die Staaten gerade investieren können. Zähle ich alles zusammen – Soforthilfen, Stundungen und Garantien in voller Höhe, schließlich sind sie zu 100 % abgesichert –, komme ich für die deutschen Maßnahmen auf ungefähr 60 % des BIP, die gerade aufgewendet werden. Italien ist in der Lage, 20 % des eigenen BIP, bei zumindest nach bereinigten Todeszahlen dreifacher Betroffenheit, aufzuwenden. Das heißt, Italien schafft es gerade mal, ein Sechstel dessen zu tun, was Deutschland tut. Das ist nicht genug, um diesem symmetrischen Schock gemeinsam zu begegnen.

Schlagen wir also nicht die Hand derjenigen aus, die uns um Hilfe ersuchen, sondern zeigen wir ihnen, dass in Europa gemeinsam viel möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der Kollege Rieger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Rieger, bitte schön.

**Dr. Franz Rieger** (CSU): Herr Siekmann, ich habe zwei kurze Fragen. Sie fordern in Ihrem Antrag eine Billion Euro für einen Wiederaufbaufonds, zum Teil nicht durch Schulden finanziert, sondern auch durch Transferleistungen, darüber hinaus milliardenschwere Zuschüsse zum EU-Haushalt, der um Milliarden Euro aufgestockt werden soll. Hierzu zwei Fragen: Wie wollen Sie das wirklich finanzieren, und wie wollen Sie das dem fleißigen deutschen Steuerzahler, der vielleicht sogar in Kurzarbeit ist, erklären in Zeiten rückläufiger Konjunktur und rückläufiger Steuereinnahmen?

**Florian Siekmann** (GRÜNE): Herr Kollege Rieger, ich finde das toll. Den ganzen Tag hat heute noch niemand die Frage gestellt, wie wir etwas eigentlich finanzieren wollen, bis genau jetzt, als es um die Europäische Union geht. Das ist beim Haushalt und bei den Nachtragshaushalten kein Thema gewesen.

(Zuruf)

– Hören Sie mir bitte zu! – Die Schulden und die Belastungen, die jetzt bei den Unternehmen in Italien und in Deutschland anfallen, werden so oder so anfallen. Das passiert durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus.

Die Lösung ist, die Schulden dahin zu bringen, wo sie den geringsten volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Das ist auch die Haltung der meisten Ökonominnen und Ökonomen in dieser Frage. Eine Möglichkeit besteht darin, dass sich die Europäische Union stärker engagiert. Warum soll sie das nicht mit EU-Programmen und Zuschüssen tun, um die Schuldentragfähigkeit dieser Staaten nicht zu überlasten und gleichzeitig – darum geht es bei EU-Programmen – nicht per Freibrief, sondern bedarfsorientiert investieren zu können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

**Markus Rinderspacher** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die volkswirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden in dunklen Szenarien skizziert. Die internationale Finanzkrise 2008/2010 wird womöglich ein laues Lüftchen im geschichtlichen Vergleich mit dem Orkan, der auf uns zukommt, sein.

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für dieses Jahr die schlimmste Rezession seit neunzig Jahren, seit der großen Depression in den 1930er-Jahren. Die Weltwirtschaftsleistung soll um 3 % schrumpfen, die amerikanische um 6 %, die der Eurozone um 7,5 %, die deutsche um 7 %, die spanische um 8 %, die italienische um 9 %.

Unsere Sorge ist, dass aus der Gesundheitskrise nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern auch eine Banken- und Finanzkrise und aus der Banken- und Finanzkrise eine Demokratiekrise wird. Wir sehen beispielsweise schon in Polen oder in Ungarn die Nationalisten in den Startlöchern sitzen, um Demokratie weiter zu minimieren.

Vier Punkte sind mir in zwei Minuten, die mir noch bleiben, wichtig zu skizzieren:

Erstens. Es braucht zur Abmilderung der volkswirtschaftlichen Folgen alle – ich betone: alle – erforderlichen Politikinstrumente, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten, die globale Wirtschaftstätigkeit wiederherzustellen, die Stabilität der Märkte aufrechtzuerhalten und die Resilienz zu stärken.

Zweitens. Die Maßnahmen reichen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Die berühmte Bazooka unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz reicht aus, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Spekulation auf den Ruin europäischer Volkswirtschaften, auf Italien oder Spanien stattfindet. Die Renditen der Staatsanleihen sind einigermaßen stabil. Das heißt, dass das Instrumentarium, das in unserem Antrag auch sichtbar wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt offensichtlich noch ausreichend ist.

Drittens. Wir können aus der Finanzkrise vor zehn Jahren auch lernen, was wir nicht wollen. Wir wollen keine erdrückenden Maßnahmen für einzelne Volkswirtschaften auf dem europäischen Kontinent innerhalb der Europäischen Union. Das beste Beispiel ist Italien selbst. In Italien gab es 2011 infolge von entsprechenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank eine drastische Kürzungswelle. Die Europäische Zentralbank sagte nämlich: Ihr kriegt entsprechende Kredite, wir helfen euch. Ihr müsst aber in eurem Gesundheitssystem sparen. – Ergebnis: Seit 2011 ist die Zahl der Krankenhäuser in Italien um 15 % gesunken. Das sind 15 % weniger Krankenhäuser, die dem italienischen Gesundheitssystem momentan fehlen. Im Ergebnis werden italienische Corona-Patienten nicht mehr in Italien selbst, sondern bei uns in Bayern behandelt. Solche erdrückenden Maßnahmen ergeben keinen Sinn.

Letzter Punkt. Bayern profitiert von einem gemeinschaftlichen Handeln. Bayern ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Jedes zweite bayerische Produkt geht in den Export, davon die Hälfte nach Europa. Das heißt, dass es in unserem Interesse liegt, gemeinschaftlich zu handeln und den europäischen Kontinent vor schlimmeren Folgen zu schützen.

(Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

**Tobias Gotthardt** (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU ist gut, ist stark, ist klar: Echte Solidarität statt Vergemeinschaftung von Schulden! – Egal wie die Dinger heißen mögen, Eurobonds, Corona-Bonds, Recovery-Bonds, sind das falsche Instrument! Sie heilen nicht, sie betäuben. Sie wirken wie eine Droge, machen abhängig und verschlimmern die Situation. Deshalb sagen wir als FREIE WÄHLER weiterhin Nein zur Vergemeinschaftung von Schulden in Europa.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, dass alle unserer koalitionären Kollegen in Brüssel alles tun werden, um Eurobonds weiterhin zu verhindern, allen voran Manfred Weber als Vorsitzender der EVP-Fraktion und Markus Ferber als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments. Wir brauchen sie als starke Partner, als Stimme der Bayern in Brüssel.

Wir wollen helfen, wir halten zusammen – das ist klar. Ich begrüße deshalb ausdrücklich das Ergebnis des gestrigen Gipfeltreffens. Dieses Ergebnis ging weiter, als es viele erwartet hatten: Ja, Europa schaut nach vorne. Es geht gemeinsam einen konsequenten, ich würde sagen: es geht einen bayerischen Weg.

Das heißt, Europa bekommt mit zwei Billionen Euro eine starke und massive Instrumententasche und einen mutigen Marshallplan an die Hand, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Machen wir uns nichts vor: Dieser Wiederaufbau wird kein Spaziergang im Englischen Garten, sondern wird eine Klettertour aufs Nebelhorn werden. Jetzt gilt es, einen festen Schritt nach dem anderen zu tun, sich gegenseitig zu sichern. Jetzt gilt es, keine Alleingänge zu machen; dann kommen wir ans Ziel und werden an dieser Herausforderung wachsen.

Mit der grundsätzlichen Einigung auf den Erholungsfonds sind auch die nächsten Meilen des steinigen Wegs abgesteckt. Die enge Bindung an den mehrjährigen Finanzrahmen entspricht unseren Erwartungen. Alles muss auf den Prüfstand: 1,2 Billionen Euro im Corona-TÜV. – Wir brauchen dieses klare Signal.

Gut für Bayern ist der Schwerpunkt, der auf der Wiederherstellung des europäischen Binnenmarktes liegt. Geschlossene Grenzen sind auf Dauer Gift für unsere europäische Idee. Es braucht keinen Flickenteppich, sondern ein ambitioniertes und gemeinsames Grenzregiment. Lieferketten sind wiederherzustellen und Arbeitsmärkte für Pendler zu öffnen. Schengen schreit nach Renaissance, gerade für Bayern mit seinen beiden wichtigen Handelspartnern Tschechien und Österreich. Ich bin der tschechischen Regierung für die positiven Signale in dieser Woche sehr dankbar.

Eine wichtige Gipfelforderung ist die strategische Autonomie, auch wenn die EU diese Forderung erst noch konkretisieren muss. Medikamente made in EU müssen da – wie von uns FREIEN WÄHLERN wiederholt vorgeschlagen – einen hohen Stellenwert einnehmen. Ich meine, dass es mittelfristig möglich und sehr sinnvoll ist, ein Drittel der öffentlich beschafften Medikamente in Europa aus Europa zu beschaffen.

(Beifall)

Was den Exit-Fahrplan betrifft, begrüße ich den ambitionierten Ansatz, bis zur Urlaubssaison neue Normalitäten zu schaffen. Das macht Hoffnung. Es muss aber klar sein, dass das nur mit einem Impfstoff gelingen kann. Wir müssen deswegen das Zulassungsverfahren für diesen Impfstoff so weit wie möglich verantwortungsbasiert verkürzen. Nur so setzen wir Corona schnell schachmatt.

Unsere Gesundheit und unsere Freiheit erfordern jetzt festen Schritt und klaren Kopf. Wir brauchen keinen Drogenrausch im Schuldendschungel.

(Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitdem die Südländer die vertragswidrige Einführung von Eurobonds mit der Moral von Corona-Bonds mischen, sehen sich GRÜNE und Sozialisten in ihren Fantasien bestätigt. Der Weg zur Haftungsgemeinschaft im EU-Superstaat scheint sich zu ebnen.

Schön, dass heute die CSU an den Artikel 125 AEUV erinnert, der die Vergemeinschaftung von Schulden ausschließt. Gut, dass wir nicht die einzige konservative Kraft sind, die die Budgethoheit des Bundestags anerkennt.

Die Haftung deutscher Bürger für den Wahnsinn des Euro-Konstrukts geht weit über die 540-Milliarden-Euro-EU-Solidarität hinaus, die die Kanzlerin gestern Abend abgesegnet hat.Prof. Sinn schilderte unlängst eindringlich die Risiken der mittlerweile eine Billion hohen Target-Forderungen der Bundesbank gegen das Eurosystem. Im Worst-Case-Szenario ist das eben kein Verrechnungsposten, sondern ein realer Verlust und schmerzhafter Verzicht, auch für bayerische Bürger.

Auch das Anleihen- Aufkaufprogramm der EZB geht weit über die in Ihrer Begründung erwähnten 750 Milliarden Euro hinaus. Zusammen mit den bestehenden Beschlüssen wird es im Jahr 2020 Anleihenkäufe in Höhe von einer Billion Euro geben. Die konsolidierte EZB-Bilanz am Ende dieses Jahres wird sechs Billionen Euro betragen. Je nach Sichtweise auf die Haftungskaskaden stehen unsere Bürger mit etwa 1,5 Billionen Euro im Feuer. Für das gestern beschlossene 540-Milliarden-Programm muss Deutschland circa 10 Milliarden Euro an Garantien hinterlegen und haftet mit circa 20 % für das, was am Schluss im Soll bleibt.

Schlussendlich beträgt unser theoretischer Risikoanteil an all den Euro- und EU-Fantasien circa 2,7 Billionen Euro. Seit gestern Abend scheint zwar der Name Eurobonds vom Tisch, aber Italien, das mit 2.500 Tonnen über den drittgrößten Goldschatz der Welt verfügt, drängt weiter. So sollen uns künftig wohl EU-Recovery-Bonds beglücken. Hierzu soll die Differenz zwischen der Abgabenobergrenze und der Eigenmittelobergrenze des MFR als Bürgschaft der EU-Mitgliedstaaten dienen – quasi als Eigenkapital, das am Kapitalmarkt gehebelt bis zu 1,5 Billionen Euro an Kredit generieren kann.

Da die Eigenmittel aufgrund des UK-Austritts sowieso angepasst werden müssen, steht deren Erhöhung von zurzeit 1,2 auf 2 % des BNE im Raum. Das bedeutet für Deutschland 45 statt 25 Milliarden Euro jährliche Zahlungen an die EU und zusätzlich die anteilige Haftung an den gehebelten Kreditvolumina. Laut AEU-Vertrag muss die Anpassung der Eigenmittel in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Der deutliche Hinweis, sich auch gegen diese Taschenspielerei zu verwahren, fehlt leider in Ihrem Antrag.

Natürlich würde es auch im schlimmsten Fall irgendwelche Lösungen geben: Geordnete Staatsinsolvenz, Kapitalschnitt oder ein Lastenausgleichsgesetz. Aber ist das alles das immense Risiko wert? Wir rasen gemeinsam in Europa seit 15 Jahren finanz- und geldpolitisch durch den Nebel, und irgendwo da draußen steht der Brückenpfeiler. An diesem Brückenpfeiler steht "Corona".

Viele von uns heben ihre idealisierten EU-Vorstellungen über die Belange braver Bürger. Als Landesparlament sind wir aber dem bayerischen Bürger verpflichtet und sind es ihm schuldig, auch die Risiken zu benennen. Deswegen erlaube ich mir, das heute zu summieren. Unsere Unterstützung beim Kampf gegen die Vergemeinschaftung von Schulden ist Ihnen sicher, aber nicht für einen Antrag, der so vage ist und nur weiteren Nebel über den tatsächlichen Umfang der Haftung unserer Bürger legt. Deshalb lehnen wir den Antrag der CSU ab. Die vom Schuldenrausch getragenen Solidaritätsrufe in den nachgezogenen Anträgen von SPD und GRÜNEN lehnen wir selbstverständlich ebenfalls ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

– Lieber Kollege, nicht rufen, sondern fragen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

**Dr. Helmut Kaltenhauser** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Jetzt versuchen Sie es schon wieder" – so lautete ein Post, den ich vor einigen Tagen in Facebook geschrieben habe. In diesem Post habe ich mich aufgeregt, als das Thema Corona-Bonds wieder hochgekommen ist. Das ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass man in Zeiten der Krise versucht, ordnungspolitische Grenzen einzureißen und im Rahmen der allgemeinen Stimmung "Wir mögen uns doch alle und helfen uns alle gegenseitig" die hausgemachten Probleme europaweit zu sozialisieren.

Natürlich soll und wird die Europäische Union bei der Bewältigung der Corona-Krise helfen. Dafür gibt es diverse Hilfspakete, Dr. Rieger hat das schon ausgeführt. Der ESM hat noch eine ganze Menge an Kreditvergabemöglichkeiten übrig, um Liquiditätshilfen zu geben. Klar ist, wenn ich Geld gebe, dann will ich auch mitreden können, was damit passiert. Ich schiebe nicht einfach Geld rüber und sage: Macht das Beste draus. – Die Diskussionen heute Morgen waren genau andersrum. Da waren wir nämlich entsprechend vorsichtig.

Einigen Ländern passt es nicht, dass man mitreden will, wenn man Geld leiht. Das ist auch klar. Deshalb fand ich am Antrag der GRÜNEN interessant, dass man sich am Green Deal ausrichten soll. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Italiener am Green Deal ausrichten werden, wenn sie Geld bekommen. Die Diskussion würde ich auch nicht gern führen.

Hausgemachte Strukturprobleme und Versäumnisse durch die Vergemeinschaftung von neuen Schulden anderen Ländern aufbürden zu wollen, widerspricht ganz eindeutig dem Gedanken der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Noch einmal: Europäische Länder sollen sich durchaus mit Direkthilfen helfen, auch Kreditvergaben sind völlig okay. Aber hausgemachte Probleme auf die anderen Länder durch eine billigere Refinanzierung zu übertragen und diese dann nicht mitreden zu lassen, geht auf keinen Fall. Das macht die EU über die EZB im Moment schon schlimm genug. Aber jetzt noch extra Corona-Bonds draufzusetzen, wäre zu viel des Guten.

Ich möchte noch einen Punkt zum SPD-Antrag sagen. Daran hat mich die Rede von einem Konjunkturprogramm sehr gestört. Das klingt für mich sehr nach Strohfeuer. Wir müssen aus der Krise lernen, einige Folgerungen daraus ziehen und einiges anders machen. Aber jetzt viel Geld hinterherschmeißen, um alles wieder anzufeuern, ist der völlig falsche Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/7415 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/7446 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/7447 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/7416 bis 18/7420 und 18/7448 sowie 18/7449 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch in dieser Woche, in Corona-Zeiten, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments in Bayern bewiesen, wenn auch an ungewöhnli-

chen Sitzungstagen. Ich wünsche Ihnen außerhalb der sonst üblichen Tagesordnung ein gutes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen. Bleiben Sie gesund!

(Allgemeiner Beifall - Schluss: 17:38 Uhr)